

## Auszug aus FORVM bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/kommt-der-krach-von-1931-wieder.html>)

erstellt am: 12. Juli 2024

Datum dieses Beitrags: September 1974

# Kommt der Krach von 1931 wieder?

Charles Bettelheim: Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus. Übersetzt von Jörg Hofmann und Suzanne Wiczorek. Trikont-Theorie, München 1974, 333 Seiten

### ■ FRIEDRICH GEYRHOFER

Die vorliegende Jugendarbeit *Bettelheims*, geschrieben in der unmittelbaren Nachkriegszeit, gilt in der Literatur über den Faschismus noch immer als Standardwerk. Aus einem Meer von Zahlen und Fakten wird der kapitalistische Alltag des Dritten Reichs rekonstruiert, den die Rhetorik der Nazis hinter rauschgiftartigen Wortkaskaden zu verstecken trachtete. Bettelheims intelligenter Empirismus, mit theoretischen Verallgemeinerungen sparsam, konzentriert sich auf den Spezialfall des faschistischen Deutschland und seiner Vorgeschichte.

Das deutsche Industriekapital verdankte seine Expansion dem relativ sinkenden Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt. Die derart verminderte Kaufkraft des Binnenmarkts verstärkte das deutsche Interesse an der Erschließung ausländischer Märkte; auch konnte die nationale Rohstoffbasis mit dem industriellen Wachstum nicht mithalten. Für den deutschen Kapitalismus ist deshalb der Zugang zum Weltmarkt stets eine Lebensfrage gewesen — die verspätete Nation ist bei der Aufteilung der internationalen Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu spät gekommen. Der zweimalige *Griff nach der Weltmacht* 1914 und 1939 war tatsächlich ein Griff nach dem Weltmarkt.

Ähnlich wie Japan und die USA überflügelte das Reich Bismarcks die älteren

Industriestaaten, indem es seine Wirtschaftspolitik vom liberalen auf den monopolistischen Kapitalismus umstellte. Dank dieser „Vermachtung“ des Markts konnte das deutsche Kapital in den Jahren der großen Inflation zwischen 1920 und 1923 die Kosten des verlorenen Krieges auf Arbeiter-schaft und Mittelstand abwälzen. Trotz schwindelhafter Preissteigerungen blieben die Reallöhne unter dem Vorkriegsniveau, wodurch sich die Unternehmer rund 25 Millionen Goldmark ersparten. Noch härter wurde den Beamten, Rentiers und Freiberuflern mitgespielt: Finanz- und Industriekapital plünderten das Kleinbürgertum aus, das sich seinerseits gegen die Arbeiter wandte. So wurden dem Faschismus die Wege gebnet.

Mit der Stabilisierung 1923 schmolzen aber auch die frisch erbeuteten Geldreserven der Industrie zusammen, weshalb die neuen Investitionen im Zuge des „Fordismus“ und der „Rationalisierung“ auf ausländische Kredite angewiesen waren. Einer inflationären Konjunktur folgte seit 1924 die Konjunktur durch fremde Gelder: Deutschland wurde vom internationalen Kapitalmarkt abhängig. Der Zinsendienst für die Auslandsschulden verschluckte die Devisenüberschüsse aus dem Export. Die deutschen Schwierigkeiten entstanden also nicht aus der Handelsbilanz, sondern aus der Kapitalbilanz.

Man hat den deutschen Banken Leichtsinns vorgeworfen, weil sie diese kurzfristigen Auslandskredite langfristig anlegten — aber auf dem *Eurodollarmarkt*, der modernen Kapitalquelle Europas, wird das heute nicht anders gemacht. Als 1931 die aus-

ländischen Gläubiger ihre Kredite abrupt kündigten, kollabierte der deutsche Finanzapparat: am 13. Juli 1931 sperrten die Banken und Börsen auf Monate zu. Die freigewordenen Auslandsgelder flossen als „vagabundierendes Kapital“ in die Devisenspekulation und zerrütteten damit den Weltmarkt, aus dem die deutsche Wirtschaft sukzessive hinausgedrängt wurde. 1932 gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose, Nominallöhne und Großhandelspreise fielen um mehr als ein Drittel.

Die Regierung *Brüning* hatte die Hilfe des westlichen Kapitals ausgeschlagen, weil sie weder auf ihre revisionistische Außenpolitik verzichten noch eine zweite Inflationswelle riskieren wollte. Die Regierung *Hitler* fand sich deshalb mit widersprüchlichen Aufgaben betraut: die deutsche Wirtschaft vom Weltmarkt zu emanzipieren, die „wirtschaftsfeindlichen“ Preise zu erhöhen und die Reallöhne gleichzeitig niedrig zu halten.

Vor allem wurden die Löhne gedrückt. Obwohl zwischen 1929 und 1938 die Zahl der Arbeiter und Angestellten um drei Millionen wuchs, blieb die Summe der Löhne und Gehälter im Jahr 1938 unter dem Stand von 1929. Sogar im Vergleich mit den Jahren 1932/33 — dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit — wurden nur hierarchisch gestaffelte Lohnerhöhungen erreicht. Zwar stiegen die Stundenlöhne der qualifizierten Arbeiter zwischen 1933 und 1938 um acht Pfennige, aber die Stundenlöhne der Unqualifizierten stagnierten, während die Stundenlöhne der qualifizierten Frauen sogar um sieben Pfennige gesenkt wurden. Im Durchschnitt befand sich der

Nominallohn 1939 unter dem Niveau von 1932. Die Lebenshaltungskosten stiegen in dieser Zeit um sieben Prozent. Dabei hatte sich die Nachfrage der Industrie nach Arbeitskräften dermaßen vergrößert, daß alle Versuche der Nazis, die Frauenarbeit für Landwirtschaft oder Haushalt zu reservieren und die Landflucht zu stoppen, gescheitert sind! Lohnsenkungen in einer Periode der industriellen Konjunktur sind, wie *Bettelheim* schreibt, „in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Beispiel. Dieses Phänomen war überhaupt nur infolge der Auflösung aller Arbeitnehmerorganisationen möglich“ (p. 229).

Die Profite des Handels und der Industrie stiegen, den offiziellen deutschen Statistiken zufolge, zwischen 1933 und 1938 von 6,6 Milliarden Reichsmark auf 15 Milliarden Reichsmark. Doch profitierte die Industrie auf Kosten des Handels, der Großhandel auf Kosten der Detaillisten. Während die Großhandelspreise um 15 Prozent stiegen, erhöhten sich die Endverkaufspreise nur um vier Prozent. Die Handelsspannen der kleinen Kaufleute wurden zu Kriegsbeginn durch Verordnung um zehn Prozent gekürzt. Kleine Betriebe und Bauernhöfe, die den vorgeschriebenen Mindestgewinn nicht erreichten, wurden zwangsweise geschlossen.

Schon 1920 hatte *Bucharin* für die imperialistische Ära „die Verwandlung der gesamten ‚Volkswirtschaft‘ in einen absolut geschlossenen *kombinierten Trust*“ angekündigt, „wo die gesamte Wirtschaft zu einem absolut einheitlichen Unternehmen der *entsprechenden Gruppe der Weltbourgeoisie* geworden ist“. Eben dies war das Endziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich dadurch vom Weltmarkt unabhängig machen wollte. Die einzelnen

Branchen wurden in Zwangskartellen und Wirtschaftsgruppen straff organisiert, wobei die jeweils kapitalstärksten Firmen den Ton angaben, Das *Aktienengesetz* 1937 weitete die Machtfülle des Vorstands gegenüber den Aktionären aus, deren Dividenden überdies beschnitten wurden. Die „Arisierung“ jüdischen Eigentums führte ebenfalls zur Zentralisierung der Wirtschaft.

Dieser hierarchisch versäulte Kapitalismus besaß jedoch keinerlei Ähnlichkeit mit einer Planwirtschaft, auch nicht mit den modernen Formen kapitalistischer Planifikation! „Die Bürokratie versuchte nicht, ihre wirtschaftliche Macht zu halten oder gar so weit wie möglich auszubauen“ (p. 116). Vielmehr strebten die NS-Funktionäre Begünstigungen und Positionen in der Privatwirtschaft an. Öffentliche Betriebe wurden reprivatisiert, sogar ein Großteil der kommunalen Kraftwerke. Im staatlichen Eigentum (*Herman-Göring-Werke*) verblieben lediglich unrentable Produktionszweige, mit denen das Privatkapital im Sinne der Autarkiepolitik subventioniert wurde.

Die Kartelle und Monopole haben sich im Faschismus die Konkurrenz der Außenseiter vom Halse geschafft: die „alten“ Investitionen wurden gegen die „neuen“ geschützt, weil allein auf diese Weise den riesigen Produktionskomplexen ihre Rentabilität garantiert werden konnte. (Ein Thema übrigens, das speziell von *Sohn-Rethel* erörtert wird.) Darum stagnierte im Dritten Reich die Arbeitsproduktivität, die in der Weimarer Republik rasant gewachsen war: im Jahre 1937 war die Produktion per Arbeitsstunde in der Industrie genauso hoch wie im Jahre 1932.

Von einer Allianz mit dem angeblich „progressiven“ Kapital ist also wenig zu

erhoffen. Die Monopole, so lautet *Bettelheims* These, kontrollieren den Markt nicht, sie passen sich ihm bloß an. In Krisenzeiten macht die konservative Investitionspolitik der großen Konzerne deshalb unproduktive Ausgaben des Staates nötig, um die Produktion wieder anzukurbeln. „Da die Industrie nicht in der Lage war zu investieren, mußte der Staat Schulden machen“ (p. 256). Der Staat wird zum „fiktiven“ Absatzmarkt der Industrie: er kann seine Schulden nur durch neue Schulden abzahlen. 1939 machte die Staatsschuld 68 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus, die Goldbestände der Reichsbank gingen in sieben Jahren auf ein Zehntel zurück.

*Bettelheim* spricht vom „Ausverkauf des Staates an das Finanzkapital“ (p. 210). Denn: „Mittelbar trägt das Anwachsen der Staatsschuld zur Stärkung des Großkapitals bei, indem es zum Zusammenbruch der kleinen Unternehmer führt, die unter der immer größer werdenden Steuerlast ausgelöscht werden. Die Staatsschuld hat — über das Steuerwesen — eine echte enteignende Wirkung“ (p. 124). Dem Teufelskreis der öffentlichen Schulden vermochte das Dritte Reich zuletzt nur zu entinnen, indem es sich den Weltmarkt durch einen Weltkrieg zu unterwerfen versuchte.

**Friedrich Geyrhofer:** Geboren am 03.09.1943 in Wien, gestorben am 16.07.2014 ebenda, studierte Jus an der Wiener Universität, war Schriftsteller und Publizist sowie ständiger Mitarbeiter des FORVM.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels